

Wasser-Cent: "Wir lehnen das ab!"

Die Pläne der Landesregierung, den sogenannten Wasser-Cent einführen zu wollen, stoßen beim WVS Bad Salzungen auf strikte Ablehnung.

Von Ute Weilbach

Bad Salzungen - Der Werkleiter des Wasser- und Abwasserverbandes Bad Salzungen (WVS) ist sauer. Und zwar richtig. Die geplante Wasserabgabe im Land Thüringen treibt ihm die Zornesfalten auf die Stirn. Ja, er kenne die Pläne für ein sogenanntes Wasserentnahmeentgelt. Nach seinen Informationen sollen 8 Cent netto pro geförderten Kubikmeter Wasser an das Land abgeführt werden. Dabei seien die Angaben unterschiedlich, mal sei von 8, dann aber auch wieder von 15 Cent die Rede. Sicher sei das nicht der Betrag, nach Heiko Pagels Rechnung sind das zwischen 2,40 bis 4,50 Euro pro erwachsenen Abnehmer im Jahr. Aber bei einer Familie mit zwei erwachsenen Kindern wären es schon wieder zwischen 10 und 18 Euro pro Jahr. Außerdem sollte niemand vergessen, dass diese Wasserabgabe pro geförderten Kubikmeter erhoben werden soll. Sprich in diese Rechnung gehe auch der sogenannte unkontrollierte Wasserverbrauch mit ein, beispielsweise die Wasserverluste, die beim WVS immer noch 20 Prozent betragen, aber auch die Wasserentnahmen bei Spülungen oder Feuerwehreinsätzen. Besonders erschwerend bei der Preiskalkulation sei auch der enorme Rückgang beim Wasserverbrauch.

Außerdem gibt Pagel zu bedenken, dass die meisten Verbände zurzeit eine schwierige Situation zu meistern haben. Jahr für Jahr werde kalkuliert, inwieweit die Wasserpreise konstant gehalten werden können. Und da sei man auch beim WVS langsam am Ende der Fahnenstange angelangt. Seit 2005 seien die Wasserentgelte nicht erhöht worden, im Jahr 2007 habe der Verband sogar die Grundgebühr gesenkt.

Enormer Kostendruck

Aber die Kosten - Energie- und Betriebskosten und auch die Personalkosten steigen durch die jüngsten Tarifierhöhungen unaufhörlich. Deshalb erhöhe sich auch beim WVS der Druck und es stelle sich die Frage, ob und wie lange der Verband noch ohne Preiserhöhung auskommen könne, die ja bei Energie und Kraftstoffen mittlerweile ganz normal seien. Wenn jetzt das Land auch noch eine Wasserentnahmeabgabe einführe, fürchtet Pagel, dass viele Verbände ihre Entgelte drastisch erhöhen könnten. Mit Zahlen, wie hoch eine Wasserentnahmeabgabe sein könnte, möchte sich Heiko Pagel eigentlich gar nicht beschäftigen. Die Verbände in Südthüringen hätten sich bereits verständigt: "Wir lehnen diese Wasserabgabe grundsätzlich ab.", macht der Werkleiter klar. Was Pagel so ärgert, ist noch nicht einmal die Forderung einer Wasserabgabe, sondern die Art und Weise, wie das Land hier versucht, klamme Haushaltskassen zu füllen.

Ende Juli, mitten in der Sommerpause, werde die Gesetzesvorlage im Kabinett behandelt und die Verbände hätten gerade einmal bis Freitag, 10. August, Zeit, ihre Stellungnahme abzugeben. Es sei richtig, dass alle Länder außer Bayern, Hessen und Thüringen eine solche Abgabe bereits erheben. Doch für so etwas müsse man sich Zeit nehmen.

Eine solche Abgabe müsse vorbereitet werden, die könne man nicht in wenigen Wochen durchpeitschen. Deshalb setzt Pagel auf das Anhörungsverfahren über den Gemeinde- und Städtebund und hofft, dass der Wasser-Cent abgelehnt wird.

Die Zweckverbände seien sich einig, Mitglieder des Landtages müssten mit ins Boot geholt werden. Einige hätten bereits signalisiert, dass sie mit dem Vorgehen des Landes nicht einverstanden sind.

Der Verbraucherbeiratsvorsitzende Ralf Tonndorf sieht im Moment noch keinen Handlungsbedarf. Alles, was er wisse, wisse er über die Zeitung. Es werde mit unterschiedlichen Zahlen operiert. Sollten diese Pläne aber wirklich spruchreif werden, werde sich der Verbraucherbeirat positionieren. Das wäre eine schlimme Geschichte und zur Not müsse man sich dann wieder auf dem Markt treffen, um sich zu wehren. Es sei sehr schade, dass nun, nachdem sich der Verband in harter Arbeit etwas Vertrauen und Ruhe aufgebaut habe, wieder Öl ins Feuer gegossen werde.

Nur über eine Umlage

Auch Bürgermeister Ingo Jendrusiak aus Dorndorf, der selbst Mitglied im Werksausschuss ist, will erst einmal Ruhe bewahren. Auch er weiß es nur aus der Zeitung und findet die ganze Sache nicht gut. Würde diese Wasserabgabe wirklich eingeführt, bliebe den Verbänden, die auch unter einem enormen Kostendruck stehen, doch gar nichts anderes übrig, als es auf die Bürger umzulegen. Nun würden die Verbände, die in den vergangenen Jahren gelernt hätten, zu agieren und mit den Bürgern zu sprechen, erneut in eine Verteidigungsstellung gepresst. Und das sei nicht gut, nachdem es gelungen sei, ein gewisses Vertrauen aufzubauen. Diese Vertrauensbasis werde nun wieder massiv geschädigt.

Auf Gundolf Troppa, Vorsitzender der Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben Bad Salzungen und Umgebung, wirkt die ganze Sache eher befremdlich. "Ich finde die Verfahrensweise des Landes haarsträubend, zumal es sich laut Aussagen in der Presse um eine Erhöhung im Wert einer Zigarettenschachtel handeln soll." Troppa fragt sich, wieso das Land eine Abgabe auf Wasser fordern könne, "wenn das Wasser eigentlich allen gehört".